

Stellungnahme zum Antrag der Fraktion SPD zur Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfung

Ein mit sehr großer Mehrheit gefundenes Meinungsbild der hessischen Kreis- und Stadtelternbeiräte, welches durch einen Beschluss des LEB gestützt wird, wünscht die Rückführung der Mittelstufe in eine sechsjährige Schulzeit. Durch die Einführung von G8 entstanden eklatante Ungerechtigkeiten und deutliche Unklarheiten in vielen Versetzungsfragen und in Bezug auf vergleichbar erreichte Abschlüsse. Durch Korrektur zu 6 + 2 Schuljahren würden diese auf einen Schlag eliminiert und alle Übergänge wären wieder wie vor G8 möglich. Für die berufliche Vorbereitung würde sich ein verbesserter Mittlerer Abschluss für Gymnasiasten ergeben, die erste Teile an Oberstufenthemen in die 10. vorverlegen würden. Notwendig wäre auch eine Einbeziehung der Grundschulen in die Verbesserung der Lernabschnitte von 12/10/9 Jahre um weiteren Spielraum zu schaffen. Somit wäre es ehrlicher von G12, R 10 und H9 zu sprechen. Überlegungen sowohl zu Förderstufe (5 + 6) als auch zu allen anderen Übergängen zwischen den Schulformen würden sich einfacher gestalten und wären für alle betroffenen Schüler wieder sinnvoll machbar. Derzeit ist das ein bedrohliches Mangelthema – es sind keine sinnvollen Übergänge vorhanden bzw. geplant.

Man darf also nicht nur das Zentralabitur ins Visier nehmen sondern muss auch die fehlenden Regelungen zum Mittleren Abschluss in den G8-Gymnasien angehen.

Eine Flexibilisierung der Oberstufe (Klassen 11 und 12) ist sehr zu begrüßen und würde bedeuten, dass Schülerinnen und Schüler - je nach individuellem Lerntempo und Leistungsvermögen - die Oberstufe in der Regel in zwei Jahren (und damit verkürzt) oder in drei Jahren durchlaufen können. Vorstellbar wäre eine vollwertig zweijährige Vorbereitung in der Klasse 11 und 12 mit Abiturprüfung oder für länger Lernende die Abiturprüfung in Klasse 13.

Dies erfordert aber zusätzlich eine generelle Korrektur der Lehreranwesenheit in den Schulen. Diese müssten als Mentoren / Ansprechpartner während Ihrer Arbeitszeit am Lernort anwesend und für die Schüler erreichbar sein. Das wären aus unserer Sicht erste Schritte zu einer Individualisierung der Lernprozesse. Gestützt wird dieser Prozess durch die wirkungsvolle Einführung der Bildungsstandards und Ausstattung der Schulen mit den erforderlichen sächlichen und personellen Ressourcen. Aus Sicht des Landeselternbeirates stellt die Einführung der Bildungsstandards eine große Chance für individualisiertes Lernen dar. Aus diesem Grund begrüßen wir die Einführung ausdrücklich.

Allerdings besteht aufgrund des damit verbundenen Paradigmenwechsels in der Herangehensweise an den Unterricht große Bedenken bei der Umsetzung der Standards. Es ist eine offenerer - schulübergreifende bzw. zentrale Diskussion und Angleichung der Lehrinhalte zwischen allen Schulen erforderlich. Daher ist eine zügige und jederzeit nachprüfbar Einführung und Umstellung auf die Bildungsstandards notwendig.

Es ist zudem dringend erforderlich, weitreichende Fortbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer einzuleiten um diese in ihrem Arbeitsfeld zur wirkungsvollen Umsetzung der Bildungsstandards zu befähigen.

Alle Fragen zu Verbesserungen/ Veränderungen im Lernumfeld setzen voraus, dass sich alle Lehrer auch als Partner und "Dienstleister" der Schüler verstehen müssen. Dies bedingt ein völliges Umdenken in Lernprozessen (Frontalunterricht vs. Gruppen- bzw. Referatsarbeiten) sowie in der Aufarbeitung von Problemen sowie eine Öffnung zur gegenseitigen Kritikfähigkeit aller am Lernprozess Beteiligten.

In der Oberstufe ist es aufgrund der zu gewährleistenden Vorbereitung auf zentrale Abiturprüfungen im Besonderen erforderlich, dass eine Lehrerversorgung von 100% zur Verfügung gestellt wird. Der



derzeitige Unterrichtsausfall an den Oberstufen ist mit Blick auf die Anforderungen an Schülerinnen und Schüler nicht länger zu verantworten. Insgesamt sind die bestehenden Rahmenbedingungen an der Oberstufe aktuell als eher ungenügend zu bezeichnen.

Davon betroffen ist auch die Frage des Pflicht- und Wahlpflichtunterrichtes.

Prinzipiell ist kritisch anzumerken, dass Schülern in der Oberstufe im Bereich der beruflichen Vorbereitung zu wenige Angebote gemacht werden. Dies betrifft sowohl die Vorbereitung für Ausbildung, als auch Studium. An den Schulen müssen mehr Angebote bzw. mehrjährige Projekte zu den Themenbereichen Studium - BA-Studium – Berufsausbildung angeboten werden.

Die generelle Diskussion über den Widerspruch zwischen landesweitem Zentralabitur und den risikobehafteten Plänen zur Einführung der „Selbstständigen Schule“ an allen hessischen Schulen muss noch sehr intensiv geführt werden.

Kerstin Geis
Vorsitzende des
Landeselternbeirats von Hessen

Uwe Schwedes
Stellvertretender Vorsitzender des
Landeselternbeirats von Hessen